Z 9597 B

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 885 845 ppbn d

40. Jahrgang / 147 / 6. August 1985

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, würdigt die Übereinkunft von SPD und SED über eine C-waffenfreie Zone: Neue Impulse für die Ostpolitik.
Seite 1

Wolfgang Clement, Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD, kommentiert neueste Umfragezahlen: Außenpolitischer Kompetenz-Vorsprung der SPD.
Seite 4

Dokumentation:

Der NRW-Minister Hermann Heinemann mußte am Sonntag in Essen eine Rede vor Vertriebenen wegen lautstarker Störungen abbrechen. Wir veröffentlichen seinen Appell zur Versöhnung.
Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB wirft dem Bauministerium vor, unzutreffende Angaben über die Bundesförderung zu machen: Schneiders Zahlenspiele.
Seite 8

Deutschlandpolitik als Friedenspolitik

Für eine chemiewaffenfreie Zone als Pilotprojekt einer zweiten Phase der Ostpolitik

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Deutschlandpolitik erschöpft sich nicht in Friedenspolitik. Aber eine aktive Friedenspolitik gehört zum unverzichtbaren Bestandteil der weiteren Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die erste Phase der Entspannungspolitik baute Brücken über Gräben, die der Kalte Krieg aufgerissen hatte. Die SPD bereitet zur Zeit konzeptionell eine zweite Phase ihrer Ostpolitik vor. In ihr soll ein so enges Netzwerk der Ost und West verknüpfenden Beziehungen geschaffen werden, daß die Gestaltung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung vom Traum zur konkreten Zukunftshoffnung wird.

Sozialdemokraten bleiben politischer Gegner des Marxismus-Leninismus. Auch dann, wenn eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West nicht mehr nur Hoffnung, sondern bereits Wirklichkeit geworden sein sollte, wird der Wettbewerb um Macht und Einfluß zwischen Marxisten-Leninisten und demokratischen Sozialisten andauern. Die von Erich Honecker zu Recht postulierte „Koalition der Vernunft" besteht darin, diese Auseinandersetzung in friedlichen Formen auszutragen. Wir leugnen nicht den Macht- und Systemkonflikt, sondern wir wollen ihn schrittweise entmilitarisieren.

Wenn der status quo der Grenzen in Europa respektiert wird, mehren sich die Chancen, den status quo der Konfrontation abzubauen. Menschliche Energien sollen in Ost und West vom sinnlosen Wettrüsten auf menschliche Zwecke gelenkt werden. Wenn sich die Kriegsgefahren, Rüstungen und die machtpolitische Relevanz von Waffen im Ost-West-Konflikt verringern, dann nimmt die Durchlässigkeit der Grenzen für den friedlichen Wettbewerb der Ideen zu. Während des Kalten Krieges entartete der Wettbewerb der Ideen häufig zur

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus II/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag. Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

psychologischen Kriegsführung. Die Sicherheitspartnerschaft läßt die Chancen dafür wachsen, daß auch im Widerstreit der Ideen das konstruktive Neue entdeckt wird.

Der status quo der Grenzen kann und muß in Europa im Interesse des Friedens respektiert werden. Den gesellschaftlichen status quo kann auch ein moderner Metternich nicht festschreiben. Reformdruck entstehen in Ost- und Westeuropa nicht als Ergebnis einer Einmischung von außen, sondern aufgrund der inneren Dynamik gesellschaftlicher Prozesse. Gerade als Sozialdemokraten sind wir davon überzeugt, daß in Ost- und Westeuropa auf Dauer innere Stabilität nur durch reformfähige Gesellschaften gewährleistet werden kann.

Das Streben nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit äußert sich in Ost und West in unterschiedlichen politischen und organisatorischen Formen. Aber die gemeinsame europäische Vergangenheit drückt sich trotz des Antagonismus der Systeme in der gemeinsamen Hoffnung auf eine künftige europäische Friedensordnung aus. Und nur im Frieden kann sich die Hoffnung auf mehr Freiheit und Gerechtigkeit und auf eine Überwindung der Spaltung Europas erfüllen.

Im Artikel 5 des Grundlagenvertrages haben sich die beiden deutschen Staaten zu einer aktiven Friedens- und Abrüstungspolitik „insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen" verpflichtet. Die Vorschläge der gemeinsamen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und der SED wollen eine Lücke ausfüllen, die die Regierungen bisher trotz der Verpflichtungen des Grundlagenvertrages offengelassen haben. Wer davon spricht, daß vom deutschen Boden kein Krieg mehr, sondern Frieden ausgehen soll, muß auch entsprechend handeln. Entsprechend gehandelt hat die Bundesregierung Kohl aber bisher nicht.

Der gemeinsame Vorschlag für ein künftiges Abkommen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa ist das erste Pilotprojekt für eine zweite Phase der Ostpolitik. An weiteren Projekten wird in Arbeitsgruppen mit Vertretern der Sowjetunion über die Verringerung der Rüstungshaushalte zugunsten der Dritten Welt, mit Vertretern Polens über vertrauensbildende Maßnahmen, mit Vertretern Ungarns über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und mit Vertretern der Tschechoslowakei über ökologische Probleme gearbeitet. Die Ergebnisse der Pilotprojekte sollen so konkret und überzeugend sein, daß sie Regierungshandeln anregen. Handelt die Bundesregierung Kohl nicht aufgrund dieser Vorschläge, so wird eine künftige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sie in die Praxis umsetzen.

Mit den Vorschlägen der gemeinsamen Arbeitsgruppe wurde abrüstungspolitisches Neuland betreten; denn bisher wird nirgendwo über die Schaffung chemiewaffenfreier Zonen verhandelt. Es handelt sich

Vereinfachter Umgang mit verteilten Rohstoffen Recycling-Papier

um ein Modell für eine wirkliche Abrüstung in Europa; denn es sollen chemische Waffen aus dem vereinbarten Raum völlig und auf Dauer entfernt werden.

Es ist das erste Mal, daß Politiker aus beiden deutschen Staaten im Sinne des Grundlagenvertrages gemeinsam so umfassende und konkrete abrüstungspolitische Vorschläge vorlegen. Und es ist auch das erste Mal, daß Vertreter der SPD und der SED kontinuierlich in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe berieten und darüber hinaus auch noch mit einer gemeinsamen abrüstungspolitischen Initiative Regierungshandeln in Ost und West anregten.

Die gemeinsame Initiative wurde möglich, weil beide Seiten zwar das Ziel der Sicherheitspartnerschaft bejahten, aber dabei gleichzeitig ihre Einbettung in NATO und Warschauer Pakt respektierten. Deshalb legten beide Seiten Wert darauf, auch sicherheitspolitisch verantwortbare Lösungen vorzuschlagen. Der Vorschlag setzt nicht einseitige Vorleistungen, wohl aber den wechselseitigen Willen zum Interessenausgleich voraus.

Der Vorschlag ist zwar eine deutsch-deutsche Initiative, aber kein deutsch-deutscher Alleingang. Er kann nur realisiert werden, wenn zumindest die Regierungen der DDR, der CSSR und die Bundesregierung zustimmen. Da inzwischen feststeht, daß die Regierungen der DDR und der CSSR den Vorschlag aufgreifen werden, ist es unsere Aufgabe, auch die Bundesregierung zum Handeln zu drängen.

Die chemiewaffenfreie Zone steht für den Beitritt weiterer Staaten - aber auch den Beitritt von blockfreien und neutralen Staaten - offen. Zumindest die Staaten des MBFR-Raumes sollen zum Beitritt aufgefordert werden. Deshalb ist es besonders positiv, daß die SPD in Beratungen mit ihren sozialdemokratischen Bruderparteien eine breite Unterstützung für dieses Pilotprojekt in Europa erhalten hat.

Was als deutsch-deutsche Initiative zwischen Vertretern der SPD und der SED begann, hat eine gesamteuropäische Perspektive. Dies gibt ihr die Dynamik, aber auch nur deshalb stößt sie bei unseren Nachbarn in Ost und West auf eine breite Zustimmung.

Die Reformpolitik von demokratischen Sozialisten muß sich darin bewähren, daß sie den nächsten Schritt zu definieren und zu verwirklichen vermag, der politisch eine strategische Relevanz hat.

(-/6.8.1985/vo-he/rs)

\+ + +

Recycling-Papier

Außenpolitischer Kompetenz-Vorsprung

Sozialdemokraten wird am ehesten ein aktives Eintreten für die Ost-West-Verständigung zugetraut

Von Wolfgang Clement
Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Unfähigkeit des Kanzlers zur außenpolitischen Kursbestimmung und der die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung lähmende Streit in der Koalition um wesentliche außenpolitische Fragen - wie soeben zwischen Strauß und Genscher um die Entspannungspolitik, um SDI oder die Afrikapolitik vorgeführt - wirken sich aus. Und zwar nicht nur in Form eines in vielen Hauptstädten feststellbaren Ansehensverlustes im Ausland, sondern auch im Inland.

Die Außenpolitik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, namentlich der CDU/CSU, ist derzeit offensichtlich einem rapiden Vertrauensverlust ausgesetzt. Eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern hat - wie eine von der SPD in Auftrag gegebene Infratest-Umfrage (Befragungszeitraum: 21. Juni bis 9. Juli / 1.822 Befragte) ergab - das Vertrauen in die außenpolitische Handlungskompetenz der Unionsparteien verloren. Die SPD verfügt heute in den meisten außenpolitischen Bereichen wieder über einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor der CDU/CSU sowie vor allen anderen Parteien.

Das gilt namentlich für die Entspannungs- und Verständigungspolitik zwischen Ost und West, die von der klaren Mehrheit der Befragten (49 Prozent) als wichtigste Aufgabe der Außenpolitik eingestuft wird. 25 Prozent registrieren auf diesem Feld heute eine Wende zum Schlechteren, nur zwölf Prozent eine solche zum Besseren. 46 Prozent der Befragten trauen den Sozialdemokraten am ehesten ein aktives Eintreten für die Ost-West-Verständigung zu, während die CDU/CSU nur 22 Prozent und die FDP des Außenministers Genscher nur vier Prozent (Grüne: zwei Prozent) erreichen.

35 Prozent der Befragten halten mehr Eigenständigkeit Europas gegenüber den USA für notwendig, was damit insgesamt als zweitwichtigste Aufgabe der Außenpolitik eingestuft wird: Auch hier haben sich die Dinge offensichtlich zum Schlechteren statt zum Besseren (29 gegen 14 Prozent) gewendet. Die von der Union praktizierte „Feigheit vor dem Freunde" hat in der Bundesrepublik keine Mehrheit: 36 Prozent treten mit der SPD für mehr europäische Eigenständigkeit ein, nur 23 Prozent halten es hier mehr mit der CDU/CSU, je vier mit FDP und Grünen.

An der dritten Stelle der Wunschskala der Bundesbürger steht das Thema „Verbesserung der Beziehungen zur DDR": Auch in diesem Bereich registrieren 26 Prozent (gegen 18 Prozent) eine Verschlechterung der Lage. 47 Prozent trauen der SPD im Verhältnis zur DDR die für notwendig gehaltenen besseren Beziehungen zu, die CDU/CSU erreicht hier nur 19 Prozent, die FDP drei, die Grünen zwei Prozent.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die SPD sowohl auf dem Kompetenzfeld „Verstärkter Handel mit den Ländern des Ostblocks" deutlich mehr Vertrauen (40 gegen 24 Prozent) als die Union genießt, ihr aber auch bei der Aufgabe, wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik gegenüber den USA zu vertreten, mehr zugetraut wird (34 gegen 32 Prozent) als der Union.

Einen sehr deutlichen Kompetenzvorsprung (51 zu 15 Prozent) hat umgekehrt die CDU/CSU im Verhältnis zur SPD bei der Fragestellung „Aktive Befürwortung der amerikanischen Außenpolitik durch die Bundesrepublik". Dieser Bereich wird allerdings unter allen abgefragten außenpolitischen Themen als am unwichtigsten eingestuft: Nur neun Prozent bewerten ihn als „sehr wichtig".

(-/6.8.1985/vo/rs)

\+ + +

Verantwortungsvoller Umgang mit wertvollem Rohstoff Papier

DOKUMENTATION

Hermann Heinemann: Der Hitler-Faschismus war die Ursache der Vertreibung

Der nordrhein-westfälische Minister Hermann Heinemann mußte am Sonntag in Essen eine Ansprache vor Vertriebenen abbrechen, weil seine Ausführungen von lärmenden Zuhörern übertönt wurden. Insbesondere richtete sich der Protest gegen Heinemann-Aussagen zur europäischen Nachkriegsordnung und den Vortrag von Zitaten aus der 8.Mai-Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Wir dokumentieren den Wortlaut der Rede, die Heinemann anläßlich des 17. Hindenburger Heimattreffens in Essen halten wollte, mit geringfügigen Kürzungen.

I.

„Die Erinnerung an das Ende des furchtbarsten Krieges in der Geschichte der Menschheit, an das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war für viele von uns ein zentrales Ereignis. Es löste in uns noch immer starke, widerstreitende Empfindungen aus: Gefühle der Erleichterung und inneren Befreiung, aber auch andauernde Gefühle der Scham und Schuld. Mit diesen Empfindungen werden wir auch zukünftig leben müssen. Die Last der schrecklichen Vergangenheit wird zumindest uns Ältere nicht mehr loslassen. Der 8. Mai 1945 war der Tag, an dem die Alliierten Siegermächte die unterworfenen und gequälten Völker, die überlebenden Menschen in den Konzentrationslagern vom nationalsozialistischen Unrechtsregime befreit haben. Für die große Mehrheit der Deutschen war dies der Tag des Aufatmens, das ersehnte Ende von Vernichtung, Tod und grauenhaftem Elend. Für viele begann mit diesem Tag neues Leiden und neuer Schmerz. Über zwölf Millionen Deutsche verloren als Folge der Hitlerschen Wahnsinnspolitik ihre Heimat.

4o Jahre Verlust der Heimat, mehr als ein halbes Menschenleben. Die Liebe zur Heimat, die Liebe zu der Stadt oder dem Dorf, wo man geboren und aufgewachsen ist, bleibt dennoch unauslöschlich bestehen. Die Eindrücke der Kindheit und der Jugendzeit, die Erinnerungen an das Land und die Menschen, die uns umgeben haben, begleiten uns das Leben lang. Das gilt für alle Menschen, darin sind sich alle Völker gleich. Über die verlorene Heimat trauern, sich ihrer schmerzvoll erinnern - dies tut jedes betroffene Volk.

II.

Was den vielen Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen als dauernde Herausforderung abverlangt wird, ist, diesen Verlust der Heimat als persönliches und als allgemeines Schicksal unseres Volkes zu ertragen. Die Bewältigung der Gefühle der Trauer und des Schmerzes wird dadurch zu einer geistigen Aufgabe. Sie ist untrennbar verbunden mit der Einsicht, daß Flucht und Vertreibung ihre Ursache eben im Hitler-Faschismus und dem von ihm verschuldeten zweiten Weltkrieg hatten, und mit der Annahme des eigenen Anteils an dieser Schuld.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in seiner bewunderungswürdigen Rede zum 8. Mai kürzlich maßgebende Worte gefunden. Ich möchte daher einige davon, die niemand besser formulieren könnte, in Ihre Erinnerung rufen. Der Bundespräsident hat gesagt: ‚Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber. Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist. Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai (1945) hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen. Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.‘

III.

Dieser Beitrag schließt aus, jemals wieder mit Gewalt an Grenzen rütteln zu wollen. Dieser Beitrag schließt auch aus, formale Rechtspositionen zur Grundlage trügerischer Hoffnungen zu machen. Wer heute noch ‚Schlesien bleibt unser' sagt, auch wer behauptet, ‚Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa der freien Völker', schadet dem Ziel einer europäischen Friedensordnung. Er schadet darüber hinaus dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland bei ihren osteuropäischen Nachbarn, aber auch bei ihren westlichen Freunden und Verbündeten, ja in der ganzen Welt.

Es bleibt festzuhalten, daß Schlesien und andere ehemals deutsche Gebiete heute polnisch sind, Heimat bereits für die dritte Generation. Wir haben dieses Land durch einen Krieg verloren, den Deutschland als Eroberungsdienst begonnen hat. Das bedeutet nicht, daß jedes Nachdenken oder jedes Bemühen zur Überwindung der deutschen Teilung bereits ein Zeichen reaktionärer oder gar revanchistischer Gesinnung wäre. Als geteiltes Volk leiden die Deutschen am stärksten unter der erhöhten Spannung zwischen Ost und West. Diese Spannung und das ihr zugrunde liegende Mißtrauen zwischen den beiden Machtblöcken und insbesondere zwischen den beiden deutschen Staaten abzubauen, die Völker und die einzelnen Menschen einander näher zu bringen, muß Hauptziel unserer Außenpolitik sein und bleiben.

Konrad Adenauer hat diese Annäherung zunächst nach Westen vollzogen, indem er die Bundesrepublik in das westliche Bündnis eingegliedert hat. Wir Sozialdemokraten haben in den 6oer Jahren mit der Politik der Entspannung und Aussöhnung auch nach Osten begonnen, die Willy Brandt dann konsequent fortgesetzt hat. Wir haben dies aus den Lehren unserer Vergangenheit und aus der Einsicht getan, daß eine ‚Politik der Stärke und der Konfrontation' uns von unseren Hoffnungen auf wirklichen, dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt und auf eine weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten nur entfernen wird. In den Ostverträgen haben unsere Aussöhnungsbemühungen ihren rechtlichen Ausdruck gefunden. Diese Verträge stehen dafür, daß wir die Spaltung Europas nur mit unseren europäischen Nachbarn im Osten und im Westen gemeinsam, niemals aber gegen sie überwinden können und wollen.

IV.

Von den ersten Nachkriegsjahren an ist den Flüchtlingen und Vertriebenen ihr schweres Schicksal durch ein hohes Maß von Hilfsbereitschaft erleichtert worden. Sie haben auf vielfältige Weise materielle Unterstützung und seelischen Zuspruch erfahren. Durch diese Aufnahme konnten sie schneller, als dies

Recycling-Papier

ihnen allein möglich gewesen wäre, eine neue Heimat finden. Dies gilt auch heute noch. Auch wir in Nordrhein-Westfalen wollen durch unsere Politik den Flüchtlingen und vertriebenen Menschen helfen. Dies heißt zum einen, daß auch wir nachdrücklich für das Konzept der Verständigungspolitik eintreten. Dies heißt zum anderen, daß wir alle uns möglichen Anstrengungen unternehmen, die zu uns kommenden Menschen aus Ost- und Südosteuropa und aus der DDR in unser Land und in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Daß dies keine leichte Aufgabe ist, läßt sich schon an der großen Zahl der Menschen erkennen, die in den vergangenen Jahren Nordrhein-Westfalen als ihre neue Heimat gewählt haben. Von 1971 bis 1984 sind allein 180.000 Deutsche aus Polen zu uns gekommen. Gegenwärtig leben in unserem Land rund 2,8 Millionen Vertriebene und Aussiedler sowie mehr als eine Million Deutsche aus der DDR. Das entspricht bei einer Gesamtbevölkerung von 16,8 Millionen einem Anteil von rund 24 Prozent. Im Vergleich zu den Zuwanderern aus der DDR haben die Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa erheblich größere Schwierigkeiten zu überwinden, um bei uns heimisch zu werden - und dies in wachsendem Maße. Das größte Hindernis für eine rasche Eingewöhnung in die neue Heimat ist die sprachliche Barriere. Denn im Gegensatz zu früheren Jahren beherrschen heute selbst erwachsene Aussiedler die deutsche Sprache oft nur ungenügend. Das erschwert einerseits den Kontakt mit den eingesessenen Bürgern und verringert andererseits die Chancen der Neuankömmlinge am Arbeitsmarkt erheblich...

V.

Mit unserer Politik grenzen wir uns entschieden ab von den wenigen Uneinsichtigen oder Illusionisten, die aus den schrecklichen Erfahrungen von Gewaltherrschaft und Krieg immer noch keine Lehren gezogen haben....

Ich glaube, daß die Staaten dieser Erde, vor allem die beiden Weltmächte USA und UdSSR, den Frieden dauerhaft nur über ein verändertes Bewußtsein voneinander und einen anderen Umgang miteinander werden sichern können. Wie uns die Geschichte lehrt, hat das Jahrtausende gelernte und gelebte inhumae Freund-Feind-Denken, von dem wir uns noch nicht befreit haben, immer zur Vernichtung und Untergang geführt. Daher dürfen wir allen bisherigen Erfahrungen zum Trotz nicht von unseren Bemühungen um den lebensnotwendigen dauerhaften Frieden ablassen. Darin weiß ich mich mit Ihnen allen einig. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für den weiteren Verlauf der Veranstaltung alles Gute." (-/6.8.1985/vo-he/rs)

\+ + +

Schneiders Zahlenspiele

Der Bauminister machte unzutreffende Angaben über die Bundesförderung im Städtebau

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Bauminister, mit flotten Sprüchen schnell bei der Hand, redet von den sogenannten Anstoßwirkungen der öffentlichen Förderung privater Investitionen, sei es im Wohnungsbau oder bei der Stadtsanierung so, als habe er sie gerade erst entdeckt. Er scheint vergessen zu haben, daß diese Anstoßwirkungen vorausgesetzt werden müssen, weil sie die Legitimationsgrundlage für die Förderung durch den Bund überhaupt darstellen.

In seiner Begeisterung geht er auch mit den Zahlen sehr großzügig um: So ist es ihm auf unerfindliche Weise gelungen, die Anstoßwirkung der Bundesförderung im Städtebau vom fünffachen einer eingesetzten Mark auf das Zehnfache zu steigern. Manchmal hört man aus seinem Hause auch nur vom dreifachen Effekt, doch wenigstens dies scheint erklärbar: Wenn vom dreifachen Effekt die Rede ist, werden ehrlicherweise die eingesetzten Mittel der Gemeinden und Länder mitgerechnet, während der Minister diese als angestoßene Investitionen mitrechnet und aus drei mal drei zehn macht.

Das Bauministerium hat die vielen Zahlenspiele seines Ministers schließlich nicht mehr erklären können und in der Beantwortung von Anfragen nun eine salomonische Formel gefunden: Es ist jetzt vom Vielfachen die Rede.

Wie einfach. Die Frage ist bloß, ob's der Minister auch mitgekriegt hat. Denn im Ernst: Städtebauförderung ist eine sinnvolle Sache. Blumiges Gerede mit wirren Zahlen schadet dieser Sache.

(-/6.8.1985/vo-he/rs)

\+ + +